

28. Erfahrungsaustausch Energierecht in der (Ab)Wasserwirtschaft EEG / KWKG / Energiesammelgesetz

Dresden, 14.05.2019

Agenda

1. Überblick über aktuelle Entwicklungen
2. Förderseitige Veränderungen
3. Umlageseitige Veränderungen
4. Diskussion

Überblick über aktuelle Entwicklungen

- ▶ **20.12.2018:** Verkündung „EnergiesammelG“ im Bundesgesetzblatt
- ▶ **01.01.2019:** Inkrafttreten „EnergiesammelG“ (allerdings teilweise rückwirkend zum 01.01.2018!)
- ▶ **31.01.2019:** Indienststellung des Webportals des Marktstammdatenregisters
- ▶ **29.03.2019:** EuGH - EEG 2012 ist keine Beihilfe
- ▶ **04.04.2019:** Bundestag beschließt Netzausbaubeschleunigungsg 2.0
- ▶ **27.04.2019:** Inkrafttreten der neuen technischen Anschlussregeln (TAR)
- ▶ **Ab 31.12.2020/01.01.2021:** Erste EEG-Anlagen laufen aus der Förderung
- ▶ **Ab 01.10.2021:** Relativierung Einspeisevorrang für EEG-/KWKG-Anlagen

Agenda

1. Überblick über aktuelle Entwicklungen
2. Förderseitige Veränderungen
3. Umlageseitige Veränderungen
4. Diskussion

KWK-Förderung

Wichtige Änderungen der KWK-Förderung durch das Energiesammelgesetz

KWKG 2017 nach Energiesammelgesetz

- ▶ **Verlängerung** des KWKG **bis 2025** 
- ▶ Neuer Begriff der **Dampfsammelschienen-KWK-Anlage**
- ▶ **Kumulierungsverbot**
- ▶ **Absenkung** der **Fördersätze für bestehende KWK-Anlagen** der öffentlichen Versorgung (> 50 MW_{el}) 
- ▶ Einschränkung der EEG-Umlagereduzierung auf 40 % bei **Eigenversorgung mit KWK-Neuanlagen**

EEG-Förderung

Der (bisherige) Einfluss der EU-Kommission

L 250/122 DE Amtsblatt der Europäischen Union 25.9.2015

BESCHLUSS (EU) 2015/1585 DER KOMMISSION
vom 25. November 2014
über die Beihilferegulierung SA.33995 (2013/C) (ex 2013/NN) [Deutschlands zur Förderung erneuerbaren Stroms und stromintensiver Unternehmen]
(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2014) 8766)
(Nur der englische Text ist verbindlich)
(Text von Bedeutung für die Mitgliedstaaten)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –
gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum,
nach Aufforderung der Beteiligten zur Stellungnahme gemäß Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen,
in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

(1) Die Kommission wurde im Dezember 2011 durch eine Beschwerde eine staatliche Beihilfe zur Förderung erneuerbarer Energien, indem es die zur Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energien Umlage begrenzt.

(2) Mit Schreiben vom 19. Dezember 2013 unterrichtete die Kommission die Beteiligten über die Beihilfe nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV.

(3) Der Einleitungsbeschluss wurde im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht, um die Beteiligten zu informieren.

(4) Die Kommission leitete die Stellungnahmen der Beteiligten an. Deutschland äußerte sich mit Schreiben vom 20. Januar 2014.

(5) Mit Schreiben vom 22. September 2014 verzichtete Deutschland auf die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV, worauf es nach Artikel 142 AEUV in Verbindung mit Artikel 108 Absatz 2 AEUV Anspruch hatte, und stimmte der Annahme dieses Beschlusses zu.

2. AUSFÜHRICHE BESCHREIBUNG

2.1. Das EEG

(6) Das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 (im Folgenden „EEG“) trat am 1. Januar 2012 in Kraft. (7) Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 wurden wesentliche Änderungen vorgenommen. Die Kommission resultierende neue Beihilferegulierung am 23. Juli 2014 (8).

(9) ABl. C 37 vom 7.2.2014, S. 73 und ABl. C 250 vom 1.8.2014, S. 13.
(10) Siehe Fußnote 1.
(11) Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachanfrage für die Europäische Union.
(12) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz) (EEG) zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vom 17. August 2012, Bundesgesetzblatt, Teil I, S. 1.
(13) Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG-Reform) vom 21. Juli 2014, Bundesgesetzblatt, Teil I, S. 1066.
(14) Staatliche Beihilfe SA.3852 (2014/N) – Deutschland: EEG 2014 – Beihilfe für die Förderung erneuerbarer Energien.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 06.03.2015
C(2012) 8765 final

ÖFFENTLICHE FASSUNG

Dies ist ein internes Kommissionsdokument, das ausschließlich Informationszwecken dient.

Betrifft: Staatliche Beihilfe SA.34045 (2013/C) (ex 2012/NN) – Deutschland
Netzentgeltbefreiung für stromintensive Unternehmen (§ 19 StromNEV)

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Kommission teilt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit, dass sie nach Prüfung der von der Bundesregierung übermittelten Angaben zu der vorgenannten Maßnahme beschlossen hat, das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu eröffnen.

1. VERFAHREN

(1) Am 28. November 2011 ging der Kommission eine Beschwerde des Bundes der Energieverbraucher zu, der nach eigenen Angaben kleine und mittlere Unternehmen und private Stromverbraucher vertritt. Die Beschwerde wurde unter der Nummer SA.34045 registriert. Nach Ansicht des Beschwerdeführers stellt die stromintensive Unternehmen seit 2011 gewährte Netzentgeltbefreiung eine rechtswidrige und mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe dar.

(2) Am 8. Dezember 2011 erhielt die Kommission eine Beschwerde der Stadtwerke Hameln, eines lokalen Unternehmens, das die Stadt Hameln mit Strom, Gas und Trinkwasser versorgt. Auch dieser Beschwerdeführer vertritt die Auffassung, dass die seit 2011 geltende Netzentgeltbefreiung für stromintensive Unternehmen eine

Seiner Exzellenz Herrn Dr. Guido WESTERWELLE
Bundesminister des Auswärtigen
Werderscher Markt 1
D - 10117 Berlin

Commission européenne, B-1049 Bruxelles/Europese Commissie, B-1049 Brussel - Belgium
Telephone 00-32 (0) 2299.11.11.

► **EEG 2012:** Die EU-Kommission stufte die Besondere Ausgleichsregelung nach den §§ 40 ff. EEG 2012 als eine unzulässige staatliche Beihilfe ein

► **Folge:** Der deutsche Gesetzgeber musste insbesondere bei der Novelle des EEG 2014 die „Wünsche“ der EU-Kommission beachten

Entscheidung des EuGH zum EEG 2012 (Urt. v. 28.03.2019, Az. C-405/16 P)

bbh

URTEIL DES GERICHTSHOFS (Dritte Kammer)

28. März 2019^(*)

„Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Beihilfen durch bestimmte Vorschriften des geänderten deutschen Gesetzes für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG 2012) – Förderung zugunsten der Erzeuger von EEG-Strom und verringerte EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen – Beschluss, mit dem die Beihilfen für teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden – Begriff der staatlichen Beihilfe – Vorteil – Staatliche Mittel – Staatliche Kontrolle der Mittel – Maßnahme, die einer Abgabe auf den Stromverbrauch gleichgestellt werden kann“

In der Rechtssache C-405/16 P

betreffend ein Rechtsmittel nach Art. 56 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, eingelegt am 19. Juli 2016,

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch T. Henze und R. Kanitz als Bevollmächtigte im Beistand von Rechtsanwalt T. Lübbig,

Rechtsmittelführerin,

andere Partei des Verfahrens:

Europäische Kommission, vertreten durch K. Hermann und T. Maxian Rusche als Bevollmächtigte,

Beklagte im ersten Rechtszug,

erlässt

DER GERICHTSHOF (Dritte Kammer)

unter Mitwirkung des Präsidenten der Vierten Kammer M. Vilaras (Berichterstatler) in Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten der Dritten Kammer sowie der Richter J. Malenovský, L. Bay Larsen, M. Safjan und D. Šváby,

Generalanwalt: M. Campos Sánchez-Bordona,

Kanzler: A. Calot Escobar,

aufgrund des schriftlichen Verfahrens,

aufgrund des nach Anhörung des Generalanwalts ergangenen Beschlusses, ohne Schlussanträge über die Rechtssache zu entscheiden,

folgendes

Urteil

1 Mit ihrem Rechtsmittel begehrt die Bundesrepublik Deutschland die Aufhebung des Urteils des Gerichts der Europäischen Union vom 10. Mai 2016, Deutschland/Kommission (T-47/15, im Folgenden: angefochtenes Urteil, EU:T:2016:281), mit dem das Gericht ihre Klage gemäß Art. 263 AEUV auf Nichterklärung des Beschlusses (EU) 2015/1585 der Kommission vom 25. November 2014 über die Beihilferegelung SA.33995 (2013/C) (ex 2013/NN) [Deutschlands zur Förderung erneuerbaren Stroms und stromintensiver Unternehmen] (ABl. 2015, L 250, S. 122) (im Folgenden: streitiger Beschluss) abgewiesen hat.

- „Das Gericht hat aber **weder** dargetan, dass der **Staat** eine **Verfügungsgewalt** über die mit der EEG-Umlage erwirtschafteten Gelder hatte, **noch** auch nur, dass er eine **staatliche Kontrolle** über die mit der Verwaltung dieser Gelder betrauten ÜNB ausübte.“
- „Demzufolge ließen auch die vom Gericht in Rn. 127 des angefochtenen Urteils angeführten weiteren Gesichtspunkte **nicht den Schluss** zu, dass die mit der **EEG-Umlage** erwirtschafteten Gelder **staatliche Mittel** darstellten.“

Änderungen durch Energiesammelgesetz

- ▶ **§ 48 Abs. 2 Nr. 3 EEG 2017 (neu):** Schrittweise aber starke Absenkung der Fördersätze für neu in Betrieb zu nehmende Aufdach-Solaranlagen im Leistungsspektrum 40-750 kW
 - ~~Bisherige Rechtslage: 11,09 Ct./kWh~~
 - IBN ab 01.02.2019: 9,87 Ct./kWh
 - IBN ab 01.03.2019: 9,39 Ct./kWh
 - IBN ab 01.04.2019: 8,90 Ct./kWh

Exkurs: Ausschreibungspflichtige Anlagen und Eigenversorgung

- ▶ **Frage:** Müssen alle Neuanlagen größer 750 kW an Ausschreibungen teilnehmen oder kann hiermit auch Eigenverbrauch betrieben werden?
- ▶ **Antwort:** Es kommt darauf an!
 - Will der Anlagenbetreiber eine Förderung nach dem EEG, muss er mit einer Neuanlage > 750 kW (bei Biomasse: > 150 kW) grds. an Ausschreibungen teilnehmen; ein Eigenverbrauch ist dann ausgeschlossen
 - Will der Anlagenbetreiber die Neuanlage dagegen nur zur Eigenerzeugung/zum Eigenverbrauch nutzen, muss nicht an Ausschreibungen teilgenommen werden

Übergreifende Themen

Marktstammdatenregister (1)

- ▶ **Idee des Marktstammdatenregisters:** Umfassendes Register der Energiewirtschaft
- ▶ **Registrierungspflicht** für Marktakteure, Behörden, Einheiten, EEG- und KWKG-Anlagen (auch, wenn keine Förderung beansprucht wird!), Projekte für solche Anlagen
- ▶ **Mögliche Sanktionen** bei Verstoß gegen Registrierungspflicht:
 - § 52 EEG bzw. § 13a KWKG: **Reduzierung der Förderung um mindestens 20 % für die Dauer des Verstoßes**
 - Förderung für Strom aus EEG-/KWKG-Anlagen wird (zunächst) nicht fällig
 - Bußgelder und sonstige Rechtsfolgen nach Ordnungswidrigkeitengesetz/MAStRV

Marktstammdatenregister (2)

Fristen

- ▶ Grundsätzlich **ein Monat** ab relevantem Ereignis, d.h.
 - **Marktakteur**: ein Monat nach erstmaligem **Tätigwerden** (§ 3 Abs. 2 MaStRV)
 - **Einheiten, EEG- und KWK-Anlagen**: ein Monat nach **Inbetriebnahme** (§ 5 Abs. 1 MaStRV)
 - **(vorläufige und endgültige) Stilllegungen**: ein Monat nach **Stilllegung** (§ 5 Abs. 3 MaStRV)
 - **Projekte**: ein Monat nach **Bekanntgabe der Zulassung** (§ 5 Abs. 4 MaStRV)
 - **Änderungen von Daten**: grds. ein Monat nach Eintritt der Änderung (§ 7 Abs. 1 MaStRV), Ausnahme: Genehmigungen gem. § 7 Abs. 2 MaStRV ab Bekanntgabe

Marktstammdatenregister (3)

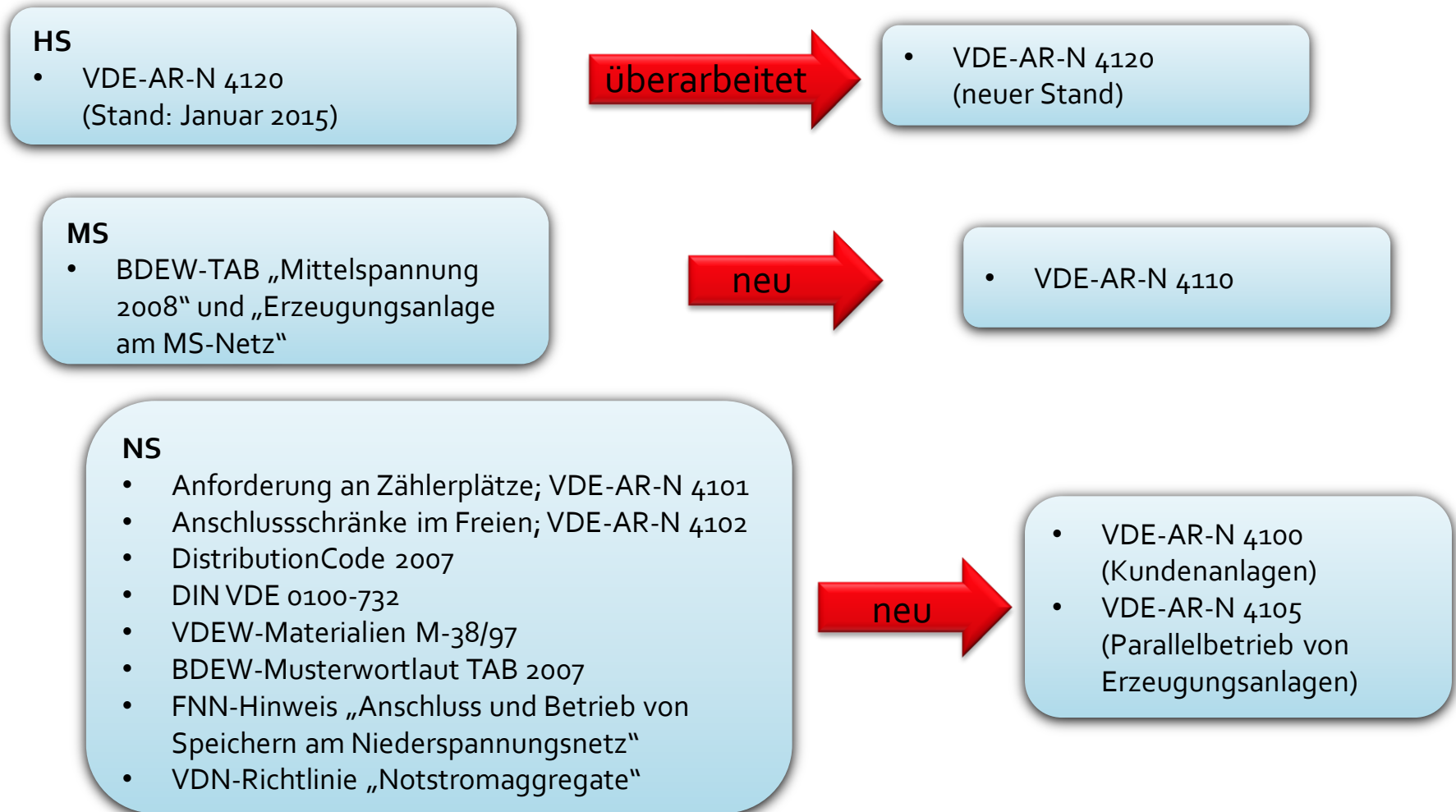
Übergangsbestimmungen (vereinfacht):

- ▶ **Grundsatz:** Alle Registrierungen **innerhalb der ersten 24 Monate ab 01.02.2019** gelten noch als rechtzeitig
- ▶ **Ausnahme: Monatsfrist**
 - EEG und KWKG-Anlagen mit Inbetriebnahmedatum *ab* 01.07.2017
 - EEG und KWKG-Anlagen mit Inbetriebnahmedatum *vor* 01.07.2017, wenn Erhöhung oder Verringerung installierte Leistung nach diesem Datum
 - EEG und KWKG-Anlagen, die beim PV-Meldeportal oder beim Anlagenregister zu registrieren waren, aber nicht registriert wurden (arg.: Anlagen mussten sich bereits nach altem Recht registrieren)

Neue TAR (1)

- ▶ **Seit dem 27.04.2019 gelten neue technische Anschlussregeln (TAR):**
 - Ändern bisheriges Verständnis der „*allgemein anerkannte Regeln der Technik*“ i.S.d. § 49 EnWG
 - Gelten grds. für alle Neuanlagen, für Bestandsanlagen erst nach Entscheidung BNetzA

Neue TAR (2)



Einspeisemanagement

- ▶ **(Stärkere) Berücksichtigung von EEG-/KWKG-Anlagen beim Redispatch:**
 - **Bisher:** Strenger Einspeisevorrang für EEG-/KWKG-Anlagen
 - **Ab 01.10.2021:**
 - Relativierung des Einspeisevorrangs, soweit durch Abregelung von EEG-/KWKG-Anlagen erhebliche Kosteneinsparung erfolgt
 - Details noch von BNetzA festzulegen
 - Außerdem „Klarstellung“, dass auch EEG-/KWKG-Anlagen in einer Kundenanlage abgeregelt werden können
 - **Entschädigungsregelung (95% bzw. 100%-Regelung) bleibt unverändert**

„Schicksal“ des Stroms nach der Förderung

- ▶ **Abnahmepflicht des Netzbetreibers für Strom aus Anlagen nach Auslaufen der Förderung:**
 - **KWKG:**
 - **Physikalische Abnahmepflicht:** (+)
 - **Kaufmännische Abnahmepflicht:** Nur bei elektrischer KWK-Leistung bis 50 kW
 - **EEG:**
 - **Physikalische Abnahmepflicht:** Nur wenn der Strom in einer Veräußerungsform des EEG veräußert wird (nach Auslaufen der Förderung: sonstige Direktvermarktung)
 - **Kaufmännische Abnahmepflicht:** (-)

Agenda

1. Überblick über aktuelle Entwicklungen
2. Förderseitige Veränderungen
3. Umlageseitige Veränderungen
4. Diskussion

Überblick

▶ Grundsatz:

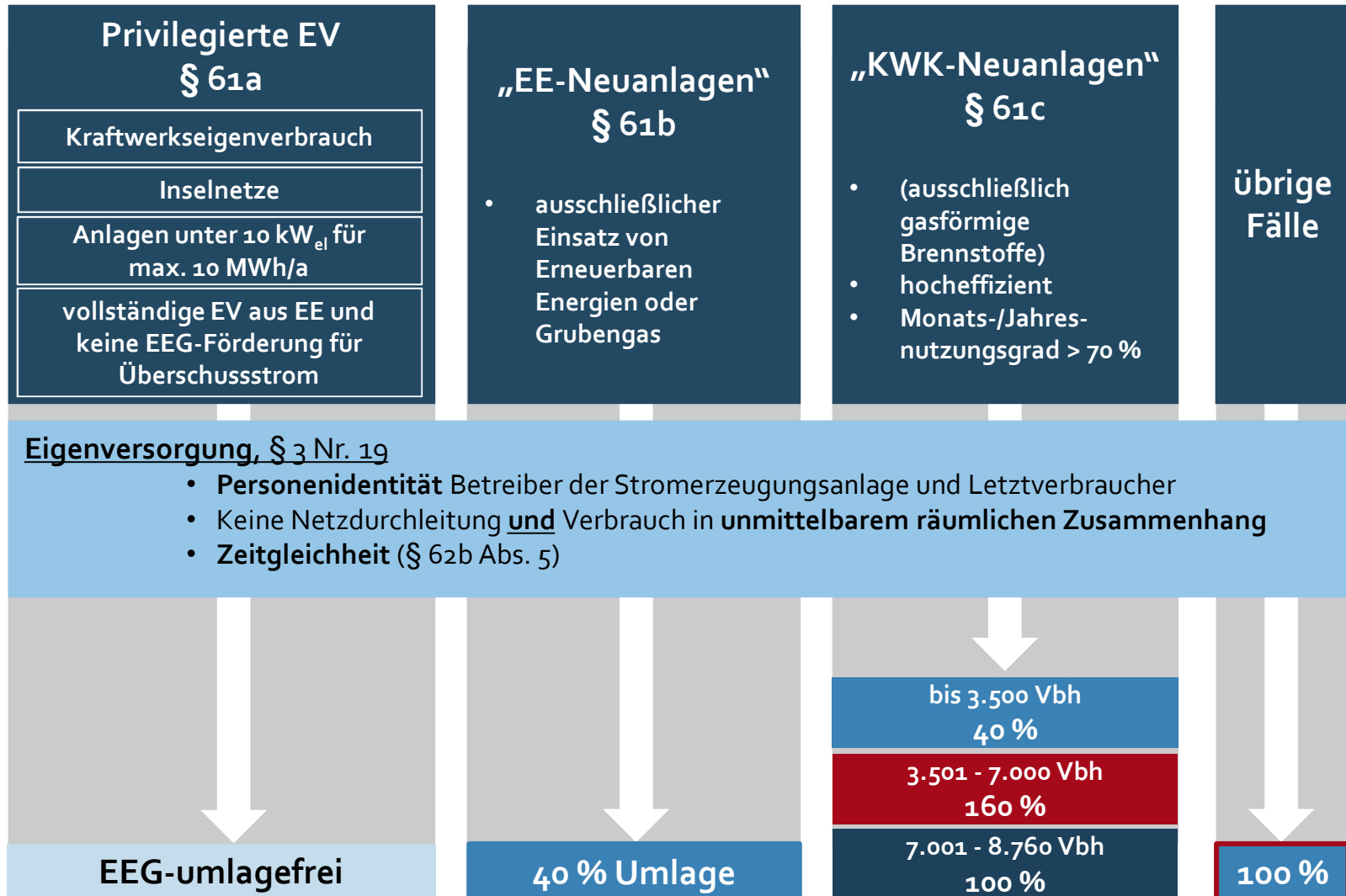
- EEG-Umlagepflicht besteht für jeglichen Stromverbrauch **in voller Höhe**
- Ob der Strom von einem Dritten geliefert wurde, selbst erzeugt wurde oder ob ein sog. sonstiger Letztverbrauch vorliegt, ist **unerheblich**

▶ Ausnahmen:

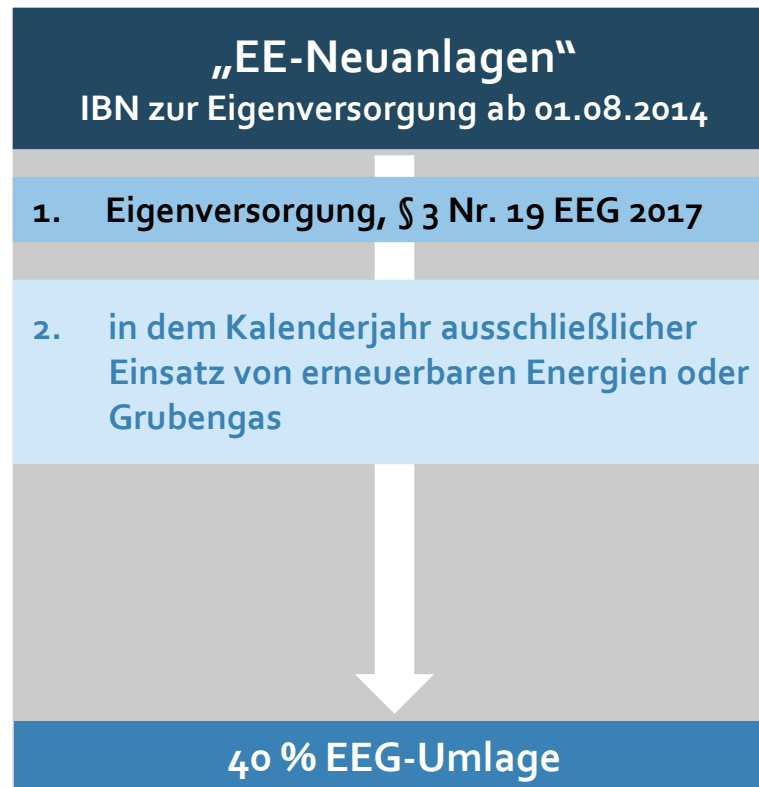
- U.a. **zahlreiche Ausnahmen** für Eigenversorgung bzw. Eigenverbrauch (**Reduzierung auf 40, 20 oder 0%** des EEG-Umlagesatzes)
- **Problem: Nachweis**, dass Voraussetzungen für die Ausnahmen vorliegen

Änderungen bei den Reduzierungsmöglichkeiten

Eigenversorgung und EEG-Umlageprivilegierungen für Neuanlagen

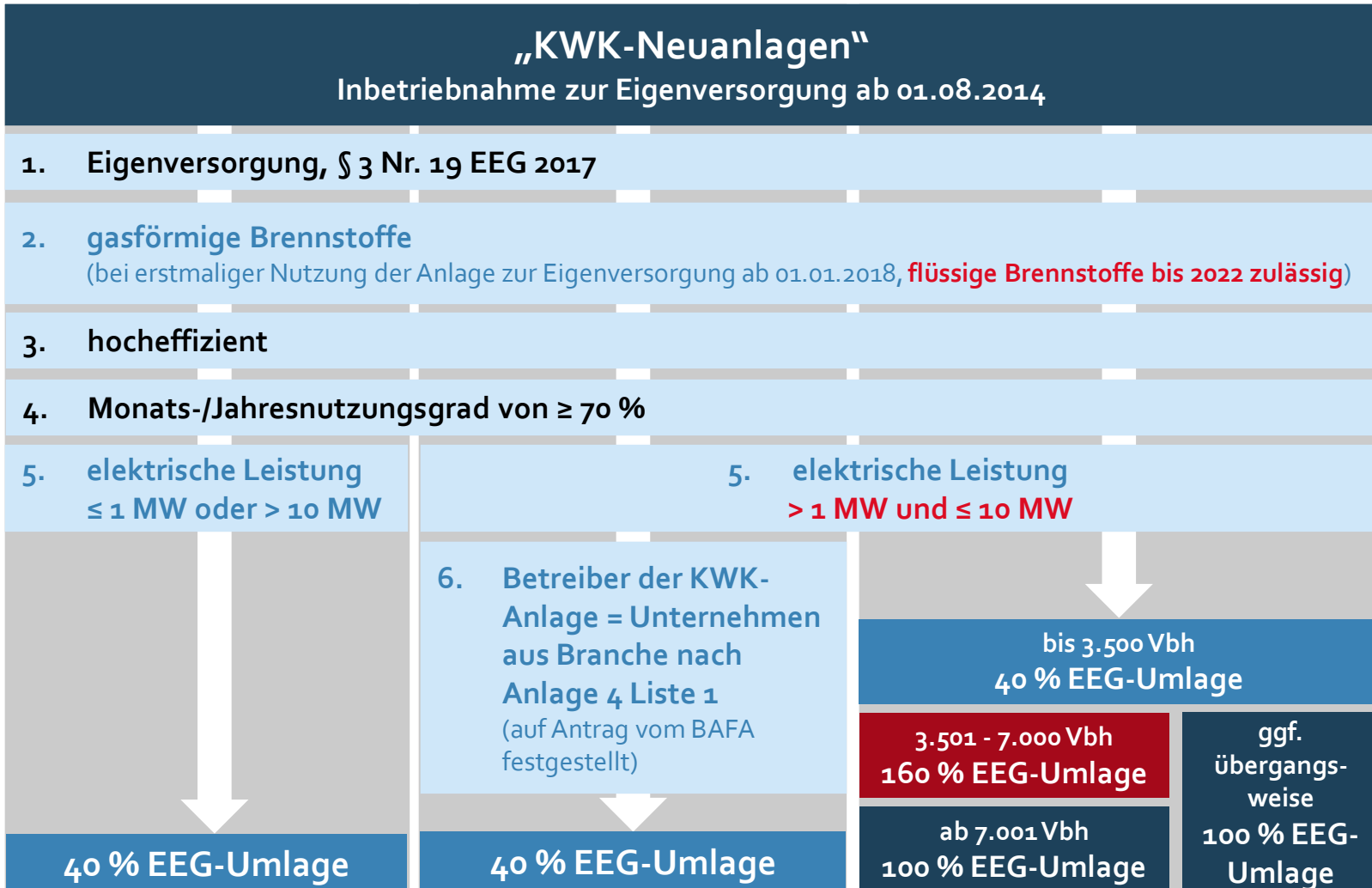


EEG-Umlage bei Eigenversorgung mit EE-Neuanlagen, § 61b EEG 2017



EEG-Umlage bei Eigenversorgung mit KWK-Neuanlagen, §§ 61c, 61d EEG 2017 n. F.

bbh



§ 61d EEG 2017 n. F. – Übergangsregelung für „neuere KWK-Anlagen“

- ▶ KWK-Anlagen (1-10 MW_{el}), brennstoffunabhängig, Inbetriebnahme ab 01.08.2014 und vor 01.01.2018

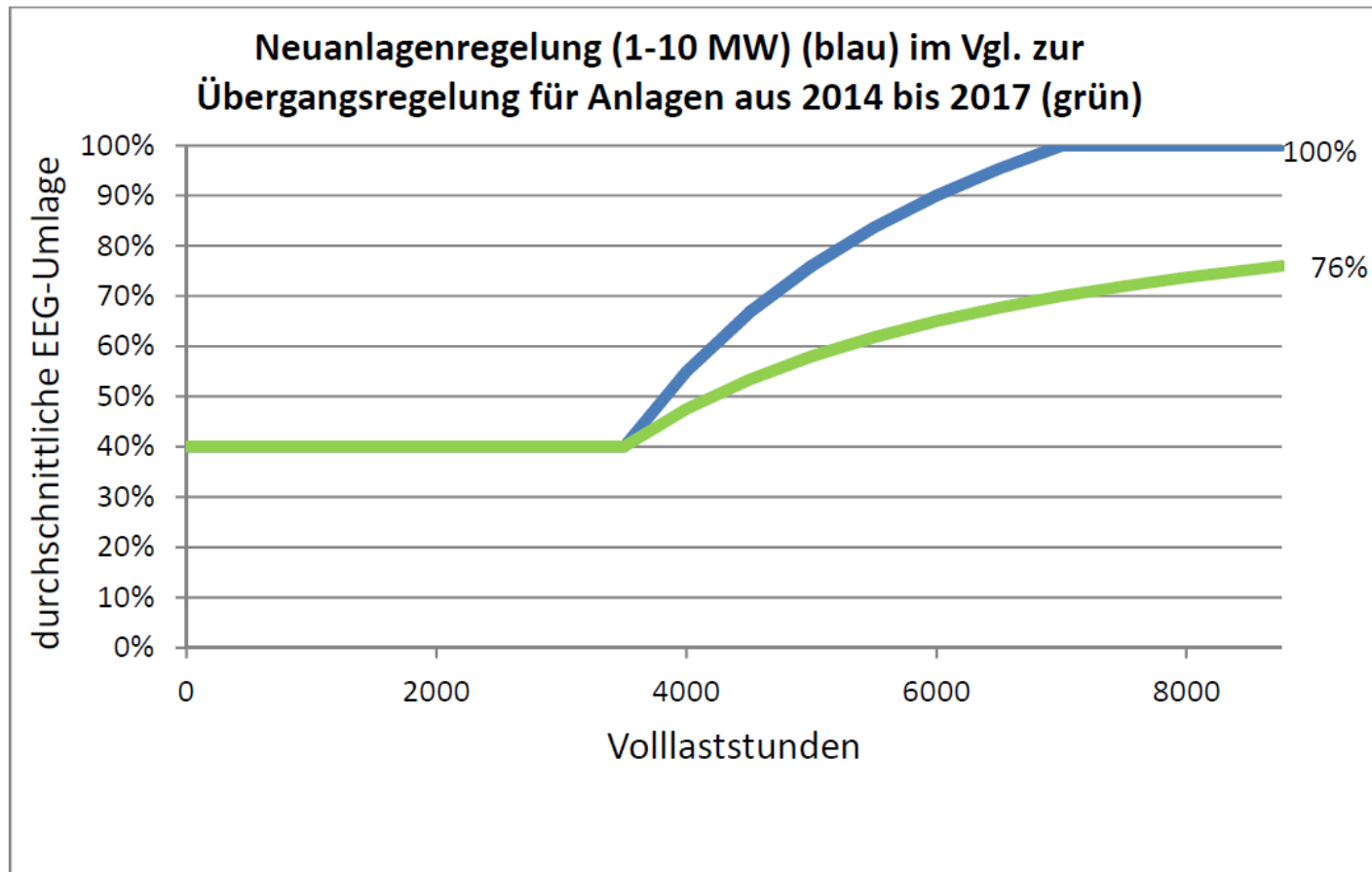
Vollbenutzungsstunden (Vbh)	EEG-Umlagesatz
1 - 3.500	40 %
3.501 - 8.760	100 %

- ▶ Übergangszeit je nach erstmaliger Nutzung zur Eigenversorgung (IBN):



KWK-Neuanlage (1-10 MW_{el}) – Vergleich Neuregelung und Übergangsregelung

bbh



Quelle: Regierungsentwurf (Stand 06.11.2018)

Beispiele: EEG-Umlage für KWK-Neuanlagen ab 01.01.2018

§ 61c Abs. 2
EEG2017 n. F.

Beispiel 1: KWK-Anlage, 2 MW_{el}, Inbetriebnahme zur Eigenversorgung **2018**, 5.000 Vbh zur Eigenversorgung

1 - 3.500 =	40 % EEG-Umlage
3.501 - 5.000 =	160 % EEG-Umlage
Durchschnitt =	<u>76 % EEG-Umlage</u>

Übergangs-
regelung
§ 61d
EEG2017 n. F.

Beispiel 2: KWK-Anlage, 2 MW_{el}, Inbetriebnahme zur Eigenversorgung **2015**, 5.000 Vbh zur Eigenversorgung

1 - 3.500 =	40 % EEG-Umlage
3.501 - 5.000 =	100 % EEG-Umlage
Durchschnitt =	<u>58 % EEG-Umlage</u>

→ ab 2019 wie Beispiel 1

Entschließungsantrag des Wirtschaftsausschusses zum NABEG (02.04.2019)

- ▶ „Die aktuelle Regelung zur EEG-Umlage auf selbst genutzten Strom aus KWK-Anlagen bedeutet für Anlagen im Leistungsbereich zwischen 1 und 10 MW, die zwischen August 2014 und Ende 2017 in Betrieb genommen worden sind, eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Unter Umständen ist bei einigen dieser Anlagen ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, **bis zur Sommerpause einen *Vorschlag für eine Neuregelung* vorzulegen, damit diese Anlagen nicht schlechter gestellt werden als andere Eigenversorgungsanlagen.**“
- ▶ „Ebenso soll die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die ***Handlungsspielräume für das EEG*** nutzen, die sich aus der Entscheidung des EuGH vom 28. März 2019 ergeben.“

Änderungen bei der „Nachweisproblematik“

Überblick

- ▶ **Grundsatz (§ 62b Abs. 1 EEG):**
 - Stromverbräuche, für die unterschiedliche Umlagesätze gelten, müssen **mess- und eichrechtskonform voneinander abgegrenzt** werden (gilt für EEG-, KWKG-, Offshore-, § 19 StromNEV-Umlage)
- ▶ **Ausnahmen (§§ 62a, 62b, 104 EEG):**
 - **Fiktion**, dass für Stromverbräuche der gleiche Umlagesatz gilt
 - **Verzicht** auf Privilegierung durch Zahlung des höchsten Umlagesatzes für gesamte Strommenge
 - Abgrenzung durch **Schätzung 1** (Messung technisch unmöglich oder mit unververtretbarem Aufwand verbunden, u.a.)
 - Abgrenzung durch **Schätzung 2** (Übergangsregelung)

Ziele der Normen und Rechtsfolgen bei Verstoß

► Ziele:

- Sicherstellung, dass Privilegierungen nur in begründeten (Ausnahme-)Fällen in Anspruch genommen werden
- Sicherstellung, dass Regelungen in den meisten Einzelfällen zu sachgerechten Lösungen führen
- Übergangsregelungen, u.a. wegen Rückwirkung des Gesetzes

► Rechtsfolgen bei Verstoß:

- Keine Privilegierung nachgewiesen, d.h. keine Privilegierung umsetzbar (= **volle bzw. höchste Umlage zu zahlen!**)
- Netzbetreiber kann Strommengen ggf. schätzen und hierauf volle bzw. höchste Umlage erheben (lt. Gesetzesbegründung)

Ausnahme 1: Fiktion eigenen Verbrauchs (1)

- ▶ **Voraussetzungen (§ 62a EEG):** Drittverbräuche *gelten* als eigene Verbräuche, wenn sie
 - **Geringfügig sind,**
 - **üblicherweise und im konkreten Fall nicht gesondert abgerechnet werden und**
 - **verbraucht werden**
 - in den Räumlichkeiten, auf dem Grundstück oder dem Betriebsgelände des Letztverbrauchers **und**
 - im Fall einer gewerblichen Nutzung zur Erbringung einer Leistung des Dritten **gegenüber dem Letztverbraucher** oder des Letztverbrauchers gegenüber dem Dritten
- ▶ **Rechtsfolge: Keine** Abgrenzung erforderlich

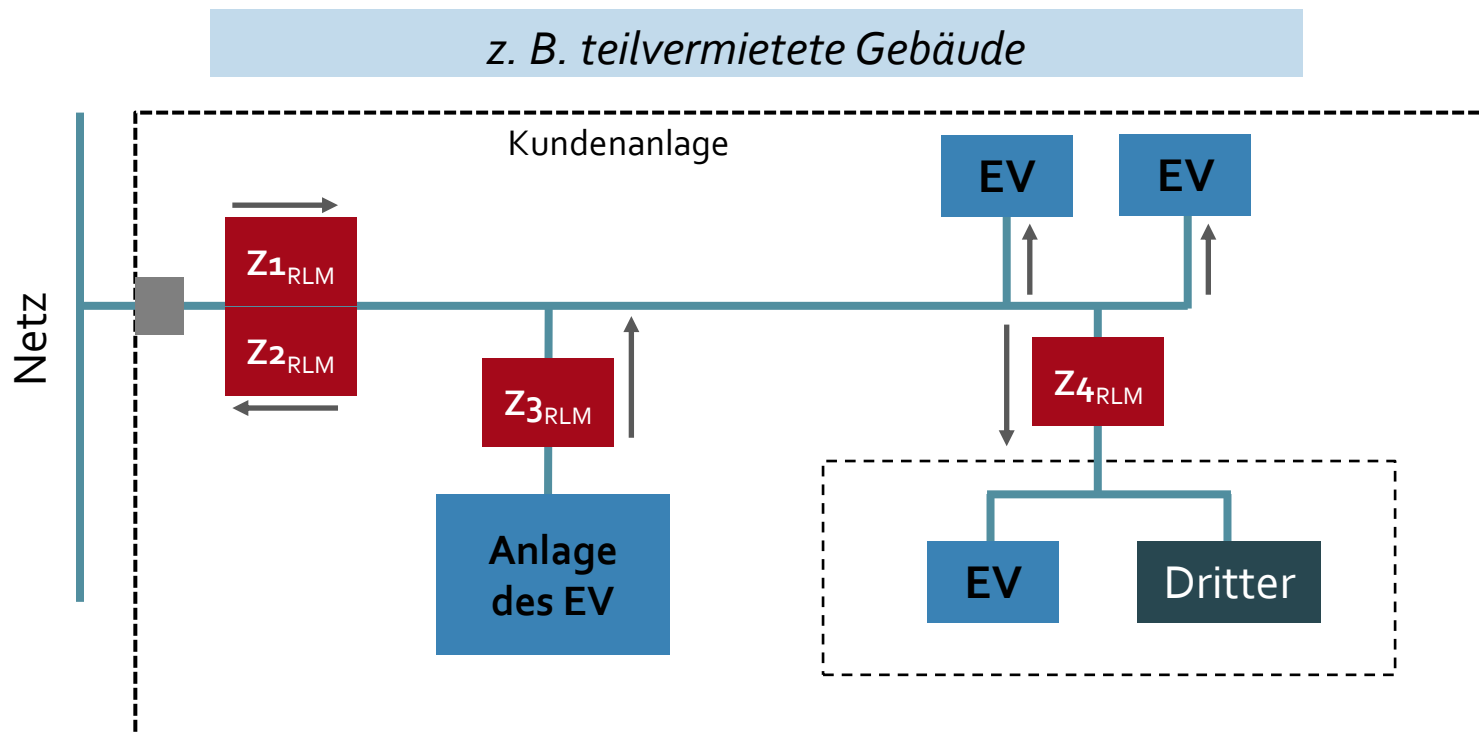
Ausnahme 1: Fiktion eigenen Verbrauchs (2)

- ▶ **Geringfügig** lt. Gesetzesbegründung; Verbräuche von:
 - Gästen/Passagieren/externen Reinigungskräften/Handwerkern
 - Mitarbeitern des Unternehmens (Teekocher, Handy)
- ▶ **Nicht Geringfügig** lt. Gesetzesbegründung:
 - I.d.R. Großbaustelle auf Unternehmensgelände
 - Untervermietung an einen Dritten für Zeitraum > 1 Monat
- ▶ **Ungelöste Fragen u.a.:**
 - Geringfügig = Kurzzeitig? (lt. Gesetzesbegründung i.d.R.: ja)
 - Wo liegt der jährliche Verbrauch eines „gewöhnlichen Haushaltskunden“, ab dem nach der Gesetzesbegründung keine Geringfügigkeit mehr vorliegt? 1.500 kWh? 4.000 kWh?

Ausnahme 2: Verzicht auf Privilegierung (1)

- ▶ **Voraussetzung (§ 62b Abs. 2 Nr. 1 EEG):**
 - Betroffene Strommenge „hinter der Messeinrichtung“ wird **nicht** als Eigenverbrauch, sondern **in vollem Umfang als Fremdverbrauch** deklariert
- ▶ **Rechtsfolge:**
 - **Keine** Abgrenzung erforderlich
 - **Keine** Umlagereduzierung möglich (= volle bzw. höchste Umlage zu zahlen)

Ausnahme 2: Verzicht auf Privilegierung (2)



- ▶ **volle EEG-Umlage** (trotz anteiliger Eigenversorgung) für Strommenge: Z_4
- ▶ EEG-umlagerereduzierte Strommenge (1/4h-scharf): $Z_3 - (Z_2 + Z_4)$

Ausnahme 3: Schätzung (1)

- ▶ **Voraussetzungen „Regelfall“ (§ 62b Abs. 2 Nr. 2 EEG):**
 - Mess- und eichrechtskonforme Abgrenzung **technisch unmöglich** (in der Praxis wohl sehr selten)
 - oder*
 - mess- und eichrechtskonforme Abgrenzung
 - ist mit **unvertretbarem Aufwand verbunden** (Stichwort: **durchmischte Stromverbräuche**)
 - und*
 - Zahlung des höchsten bzw. vollen Umlagesatzes „hinter“ der letzten mess- und eichrechtskonformen Messeinrichtung darf **nicht wirtschaftlich zumutbar sein**

Ausnahme 3: Schätzung (2)

- ▶ **Voraussetzung „Übergangsfall“ (§ 104 Abs. 10 EEG):**
 - Stromverbrauch vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 (neu!)
- ▶ **Zusätzliche Voraussetzung für Stromverbräuche im Jahr 2020:**
 - Vorlage einer Erklärung gegenüber dem Netzbetreiber, mit der dargelegt wird, wie **seit dem 01.01.2020** sichergestellt ist, dass mess- und eichrechtskonform abgegrenzt wird (= Vorlage Messkonzept)
 - Hier wohl Redaktionsversehen: gemeint ist eher 01.01.2021!

Ausnahme 3: Schätzung (3)

- ▶ **Rechtsfolgen in beiden Fällen gleich (§ 62b Abs. 3-5 i.V.m. § 104 Abs. 1o EEG):**
 - **Keine** mess- und eichrechtskonforme Abgrenzung erforderlich
 - **Schätzung zulässig, aber** gesetzliche Anforderungen einzuhalten:
 - Schätzung muss **sachgerecht** sein
 - Schätzung muss in einer für einen **nicht** sachverständigen **Dritten jederzeit nachvollziehbaren und nachprüfbaren Weise** erfolgen und
 - Schätzung darf **nicht dazu führen, dass insgesamt weniger Umlage gezahlt wird**, als wenn mess- und eichrechtskonform abgegrenzt worden wäre
 - Endabrechnung bzw. Daten hierfür müssen besondere Angaben enthalten (dazu sogleich)

Ausnahme 3: Schätzung (4)

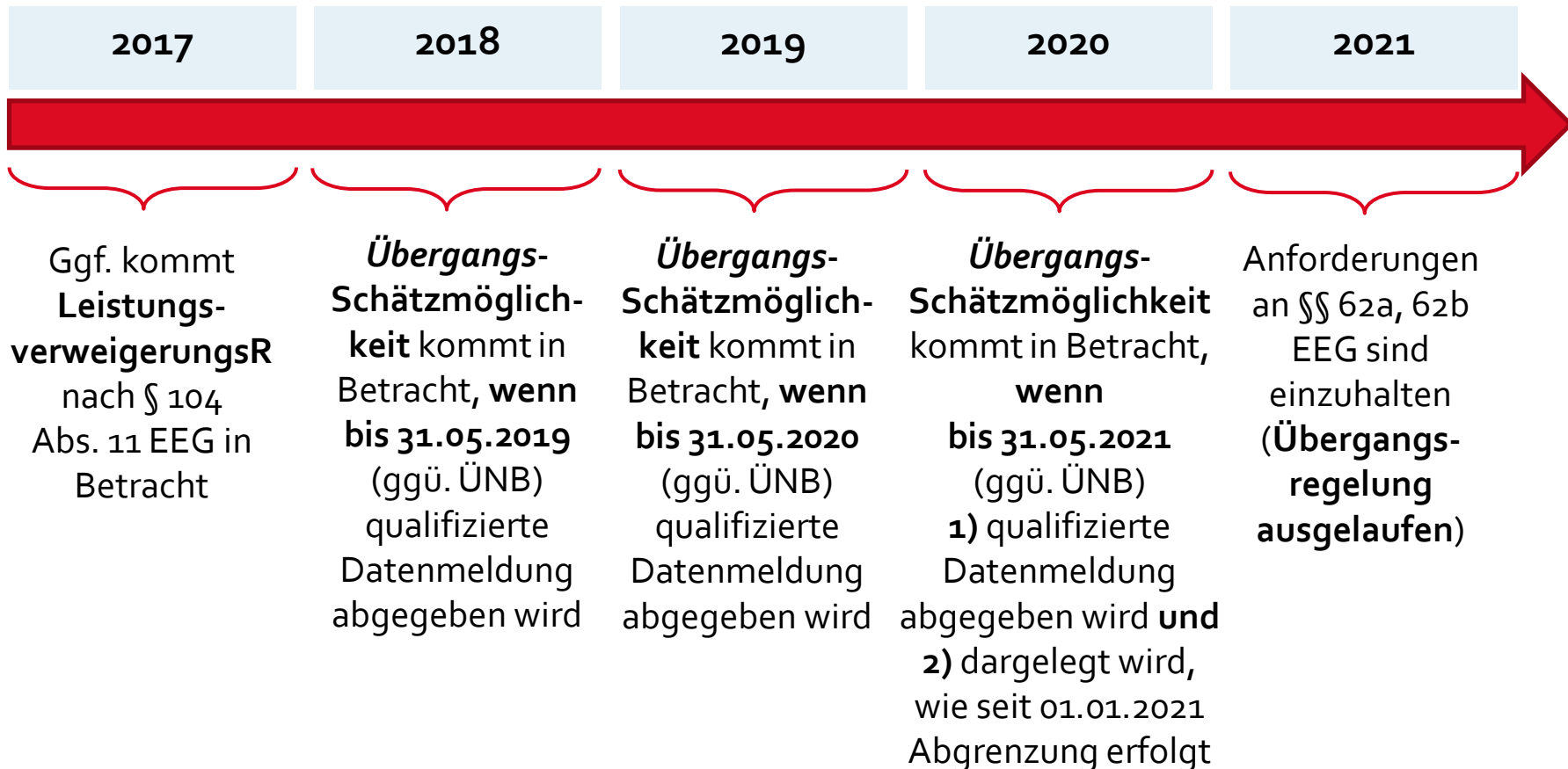
- ▶ Ergänzende Angaben im Rahmen der Endabrechnung (28.02./31.03./31.05.):
 1. Angabe, **ob** und **welche Strommenge geschätzt wurde**
 2. **jeweilige Höhe des EEG-Umlagesatzes**
 3. **Art, maximale Leistungsaufnahme und Anzahl der Stromverbrauchseinrichtungen**, in denen geschätzte Strommenge verbraucht
 4. jeweils **Betreiber** der Stromverbrauchseinrichtungen
 5. Darlegung der **Schätzungsmethode** mit umfassenden Angaben
 6. bei Unzumutbarkeit der Messung (ab 2021): **nachvollziehbare Begründung** der Unzumutbarkeit
- NB kann auf Angaben verzichten

Leistungsverweigerungsrecht (§ 104 Abs. 11 EEG)

- ▶ Aus Sicht des Gesetzgebers stellen die neuen Abgrenzungsvorgaben **Privilegierungen** dar
- ▶ Gesetzgeber geht davon aus, dass **vor** dem EnSaG streng abzugrenzen war (**keine** Schätzungsmöglichkeit)
- ▶ Um „*Rechtsfrieden und Rechtssicherheit*“ zu schaffen, besteht für Zeit **vor** Inkrafttreten des EnSaG (01.01.2018) **LeistungsverweigerungsR**
- ▶ Macht Netzbetreiber EEG-Umlage also **z.B.** für 2017 wegen fehlender Abgrenzung geltend, **kann Anspruch abgewehrt werden**
- ▶ **LeistungsverweigerungsR** aber an **zahlreiche Voraussetzungen geknüpft**, insbesondere muss EEG-Umlage entsprechend der Schätzvorgaben gezahlt werden

Ableitungen für die Praxis

Für Stromverbräuche in...



Abschließender Exkurs: EEG-Umlage und Aufrechnung

▶ **Praxisfall:**

- Netzbetreiber meint, er habe einen Anspruch auf EEG-Umlage
- Eigenverbraucher ist der Ansicht, Anspruch besteht nicht
- Netzbetreiber rechnet auf und zahlt weniger KWKG-Zuschlag bzw. EEG-Förderung aus
- **Zulässig?**

▶ **Es kommt darauf an!**

- Aufrechnung grds. zulässig
- Frage ist allerdings, ob Netzbetreiber Anspruch auf EEG-Umlage hat und ggf. schätzweise geltend machen kann

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Lamy, BBH Berlin
Tel +49 (0)30 611 28 40 133
Christoph.Lamy@bbh-online.de
www.bbh-online.de